

## Niger

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>5</b>
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16
Diversität in den Sicherheitskräften	18

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>19</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	24
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	28
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Informationen zum Sicherheitssektor

Niger verfügt über keine eigenständige Rüstungsindustrie und ist deshalb zur Ausrüstung seines Militärs stark auf Rüstungsimporte angewiesen. Die meisten Importe von Großwaffensystemen tätigte Niger laut SIPRI-Datenbank zuletzt (2020-2024) aus den USA, gefolgt von der Türkei, Russland, Italien und Ägypten. Die deutsche Bundesregierung genehmigte erstmalig im Jahr 2003 Exporte von Rüstungsgütern in einem geringen Umfang nach Niger. 2014 wurden deutsche Transfers aufgrund eines möglichen Widerspruchs zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union an Niger nicht bewilligt. Im Zuge der „Ertüchtigungsinitiative“ der Bundesregierung zeichnete sich jedoch zeitweise ein Trend zu steigenden Rüstungsexporten ab. Zwischen 2018 und 2022 genehmigte Deutschland Rüstungsgüter im Wert von 14,53 Mio. Euro. 2023 wurde mit 46,83 Mio. Euro ein absoluter Höchstwert erzielt – wobei in den meisten Jahren auch ein großer Anteil davon auf vor Ort stationierte EU- / NATO-Staaten entfiel. Die Zusammenarbeit mit Niger im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative wurde mittlerweile eingestellt.

Das Militär Nigers besteht aus den Streitkräften des Heeres und der Luftwaffe sowie paramilitärischen Einheiten wie Nationalpolizei, Nationalgarde und Gendarmerie. Angesichts der 24 Millionen Einwohner:innen war der Personalumfang mit 5.300 aktiven Soldat:innen in den Streitkräften sowie 5.400 in den paramilitärischen Einheiten lange Zeit sehr niedrig. Der Personalumfang des Militärs wurde jedoch jüngst (2022) auf 33.100 aktive Soldat:innen und auf 24.500 Personen in den paramilitärischen Einheiten deutlich erhöht. Unterstützt durch internationale Trainingsmissionen gelten die nigrischen Streitkräfte im regionalen Vergleich als gut ausgebildet. In den letzten Jahren ist die Bekämpfung von grenzüberschreitendem Extremismus und Terrorismus in der Region sowie von transnationaler, organisierter Kriminalität zur Hauptaufgabe der Streitkräfte geworden.

Sowohl die militärische Ausstattung der Landstreitkräfte als auch die der Luftwaffe bestehen zu großen Teilen aus veralteter Ausrüstung. Mittlerweile erhält das nigrische Militär jedoch zunehmend auch modernere Ausstattung aus dem Ausland. Der Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt stieg von 1,4 Prozent im Jahr 2013 auf 2,7 im Jahr 2019 – zuletzt (2024) lag er bei 2,2 Prozent.

Die Beziehung zwischen Militär und Zivilgesellschaft ist von Militärputschen und langen Phasen autoritärer, militärdominierter Herrschaft geprägt. Aktuell sprechen aber dennoch rund 75 Prozent der nigrischen Bevölkerung der Polizei und rund 85 Prozent den Streitkräften ihr Vertrauen aus. Nicht unproblematisch sind jedoch Menschenrechtsverletzungen, zu denen es im Rahmen der internationalen Anti-Terror-Missionen nachweislich gekommen ist. So fürchten viele Menschen nicht nur Gewalt von Seiten bewaffneter nicht-staatlicher Gruppen, sondern auch von Seiten der Streit- und Sicherheitskräfte. Darüber hinaus gingen Sicherheitskräfte unter der Regierung von Mahamadou Issoufou oft gewaltsam gegen Personen vor, die in Form von Protest und Demonstrationen Gebrauch von ihrem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit machten.

Aktuelle offizielle Daten zur Repräsentation von Frauen in den Sicherheitskräften liegen jedoch nicht vor. Die einzig verfügbaren Zahlen stammen aus dem Jahr 2019 und belegen eine sehr geringe Präsenz: 4,69 % Frauenanteil im Militär und 5 % bei der Polizei. Explizite

Verbote für den Militärdienst von LGBTQIA+-Angehörigen bestehen zwar nicht, doch die ausgeprägte gesellschaftliche Diskriminierung verhindert das offene Bekenntnis zur eigenen Identität in diesem Bereich.

## Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Die politische Entwicklung Nigers ist seit der Unabhängigkeit von Instabilität, Wahlunregelmäßigkeiten und wiederholten Militärputschen geprägt. Bereits die Wahlen 2016 waren laut Freedom House von Manipulation, Repression gegen die Opposition und eingeschränkten Freiheitsrechten begleitet. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind stark eingeschränkt, Aktivist:innen, Journalist:innen und Oppositionelle werden regelmäßig inhaftiert, teils unter menschenunwürdigen Haftbedingungen. Der Militärputsch vom Juli 2023 unter General Abdourahmane Tiani verschärfte diese Lage weiter, ohne eine klare Perspektive für eine Rückkehr zur Demokratie zu eröffnen.

Niger weist zudem die weltweit höchste Kinderehe-Rate auf: Laut den einzig verfügbaren Daten aus dem Jahr 2012 heirateten 76 % der Frauen vor ihrem 18. Lebensjahr. Laut dem United Nations Population Fund erlitten 2020 2 % der Frauen Genitalverstümmelung. Das Strafgesetzbuch stellt Vergewaltigung, weibliche Genitalverstümmelung und sexuelle Belästigung unter Strafe. Geschlechtsspezifische Gewalt, Vergewaltigung in der Ehe und Femizide benennt es jedoch nicht als eigenständige Straftatbestände. Darüber hinaus kriminalisiert Niger Abtreibungen und ahndet sie mit Geldstrafen sowie Freiheitsentzug.

Niger ist von langanhaltenden inneren Konflikten und regionaler Gewalt betroffen. Wiederkehrende Rebellionen, insbesondere der Imuschar/Tuareg, führten seit den 1990er Jahren zu bewaffneten Auseinandersetzungen, Militärinterventionen und fragilen Friedensabkommen. Zusätzlich verschärfen islamistische Gruppen wie Boko Haram sowie Ableger von al-Qaida und dem sogenannten Islamischen Staat die Sicherheitslage, vor allem in den Grenzregionen zu Mali, Burkina Faso und Nigeria. Staatliche Gegenmaßnahmen, oft unterstützt durch internationale Militärkooperationen, gingen wiederholt mit schweren Menschenrechtsverletzungen einher und trugen kaum zu nachhaltiger Stabilisierung bei. Die Gewalt forderte tausende Todesopfer, führte zu massiven Vertreibungen und zur Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Gruppen.

Als Binnenstaat in einer hochgradig instabilen Region ist Niger stark von Entwicklungen in den Nachbarländern abhängig und zugleich ein zentrales Transitland für Migration Richtung Nordafrika und Europa. Sanktionen nach dem Militärputsch 2023 verschlechterten die ohnehin prekäre wirtschaftliche Lage drastisch, führten zu steigenden Lebensmittelpreisen und Zahlungsausfällen im öffentlichen Sektor; viele Maßnahmen wurden erst 2024 aus humanitären Gründen gelockert. Niger trat 2025 gemeinsam mit Mali und Burkina Faso aus der ECOWAS aus und orientiert sich zunehmend an regionalen Militärallianzen wie der AES. Grenzkonflikte mit Burkina Faso und Benin konnten zwar rechtlich beigelegt werden, bleiben politisch jedoch angespannt, insbesondere durch Grenzsicherungen, Sicherheitsvorwürfe und wirtschaftliche Folgen, die die ohnehin fragile Stabilität weiter untergraben.

Niger, das allen wesentlichen Abkommen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle beigetreten ist, darunter im Jahr 2014 dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT), liegt in der politisch äußerst angespannten Sahel-Zone. In Libyen begann nach dem Staatszusammenbruch 2011 ein bis heute anhaltender (wenn auch eingefrorener) Bürgerkrieg. Nach einem

Aufstand im Jahr 2013 und der Übernahme der nördlichen Regionen durch fundamentalistische Islamist:innen (Azawad) ist auch in Mali die Lage fragil.

Niger gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 680 US-Dollar im Jahr 2024 zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Es gehört zudem zu den „Heavily Indebted Poor Countries“ und wird von den UN als ein „Least Developed Country“ geführt. Auf dem Human Development Index belegt es mit einem Wert von 0,419 einen der letzten Plätze und wird von UNDP daher der Kategorie von Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ zugeordnet. Angesichts der weiterhin äußerst defizitären Situation im Gesundheits- und Bildungssektor sind steigende Militärausgaben (seit 2021) grundsätzlich problematisch – zumindest, wenn militärische Versuche die Sicherheitssituation zu verbessern nicht adäquat mit sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben lagen 2022 bei 4,4 bzw. 4,1 % am BIP; die Militärausgaben lagen im selben Jahr bei 1,6 %, 2024 aber bereits bei 2,2 %. Im GMI liegt Niger damit auf Platz 53 weltweit und gilt bereits als „stark militarisiert“.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

### Deutsche Rüstungsexporte

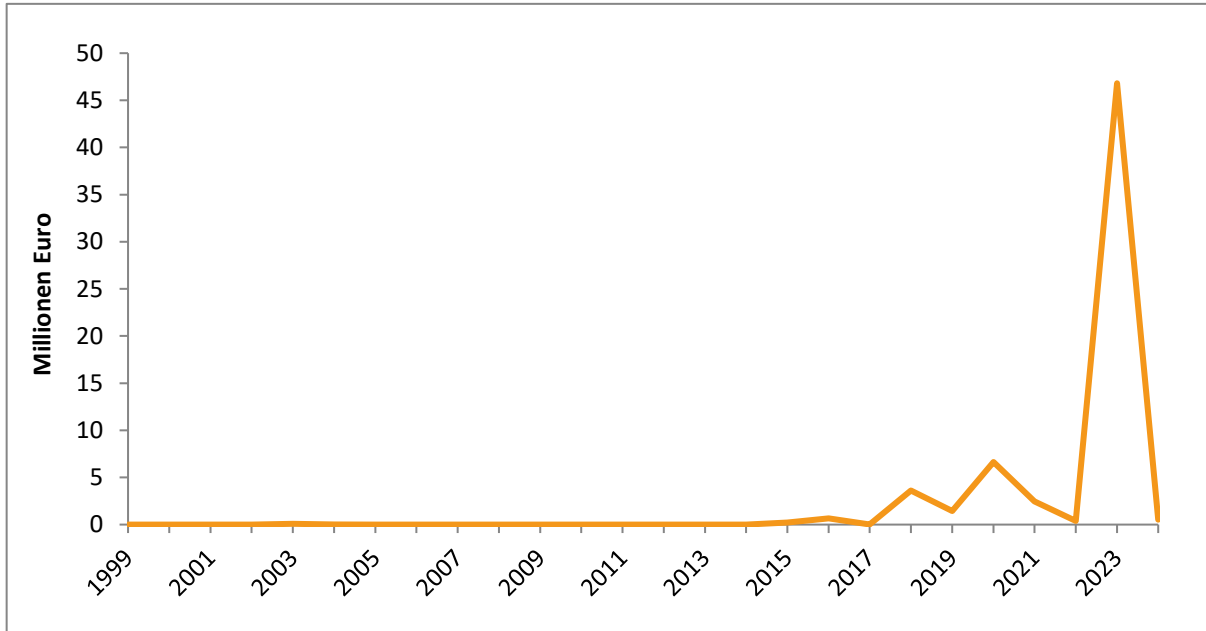
Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	---	---
2000	---	---
2001	---	---
2002	---	---
2003	Munition für Gewehre, Revolver und Pistolen	0,008
2004	LKW	0,001
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	---	---
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	---	---
2013	---	---
2014	---	---
2015	Geländewagen mit Sonderschutz (EU-Mission): 100%	0,212
2016	Flugkörperabwehrsystem für Luftfahrzeuge und Teile für Flugkörperabwehrsysteme: 100%	0,66

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2017	Gebläsefiltergeräte: 100%	0,002
2018	LKW (Ertüchtigungsinitiative), Anhänger (Ertüchtigungsinitiative), Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen mit Sonderschutz (VN-Mission): 100%	3,61
2019	Nachtsichtgeräte: 47,7% Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW und ballistischen Schutz: 29,0% Ballistische Einschübe: 23,3%	1,44
2020	Boden-Überwachungsradar [Grenzsicherung] und Teile für Boden-Überwachungsradar [Grenzsicherung]: 58,3% Nachtsichtgeräte [Ertüchtigungsinitiative] und Wärmekameras [Grenzsicherung]: 22,6%	6,64
2021	Boden-Überwachungsradar [Grenzüberwachung] und Teile für Boden-Überwachungsradar [Grenzüberwachung]: 44,4% Teile für unbemannte Luftfahrzeuge [Französische Armee]: 33,1% Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank] und Teile für ballistischen Schutz: 13,7%	2,46
2022	Teile für unbemannte Luftfahrzeuge [Streitkräfte eines EU-/NATO-Staates]: 75,8 % Panzerglas [Bank]: 24,2 %	0,38
2023	Flugzeuge [Grenzüberwachung] und Teile für unbemannte Luftfahrzeuge [Streitkräfte eines EU-/NATO-Staates]: 86,3%	46,83
2024	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank, EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [Bank, EU-Delegation]: 100%	0,54

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

**Schaubild 1****Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024****Tabelle 2****Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Niger 2000-2024**

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2024 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Niger geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

**Kommentar**

Erstmals genehmigte die deutsche Bundesregierung im Jahr 2003 Rüstungsexporte nach Niger. Hierbei handelte es sich um Munition für Gewehre, Pistolen und Revolver im Gesamtwert von lediglich 8.000 Euro. Im Jahr 2004 folgte eine Ausfuhr (LKW) im Wert von 1.100 Euro. 2014 wurden unter Verweis auf das Kriterium 7 (Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen) des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union Rüstungsexporte nach Niger nicht genehmigt. 2015 wiederum erteilte die Bundesregierung die Exportgenehmigung für Geländewagen mit Sonderschutz in einem finanziellen Volumen von ca. 212.000 Euro an die EU-Mission EUCAP Sahel Niger. Dieses Volumen wurde im Jahr 2016 mit 660.000 Euro deutlich überschritten als die Bundesregierung den Export von Flugkörperabwehrsystemen und dazugehörigen Teilen im Wert genehmigte. Nochmals deutlich stiegen die Rüstungsexporte nach Niger 2018 als die Bundesregierung im Zuge der

„Ertüchtigungsinitiative“ Rüstungsexportgenehmigungen im Wert von 3,6 Millionen Euro bewilligte. Ziel dieser Initiative ist es Schwerpunktländer – beispielsweise in der Sahelzone – zu befähigen, innere und regionale Krisen militärisch begegnen zu können. Um die dortigen Ressourcen und Kapazitäten aufzustocken, erhielt Niger 2018 LKW, Anhänger, Geländewagen mit Sonderschutz sowie Teile für gepanzerte Fahrzeuge aus Deutschland. Zudem erhielt Niger für ihre im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali stationierten Truppen Geländewagen mit Sonderschutz. In diesem Zusammenhang ist auch die Exportgenehmigungsspitze im Jahr 2020 mit einem Wert von über 6,6 Millionen Euro zu sehen. Fünf Anträge über die Ausfuhr von Nachtsichtgeräten, Wärmebildkameras und Boden-Überwachungsradaren inkl. Zubehör wurden unter der Angabe von Grenzsicherungsbedarf genehmigt. Im Jahr 2021 kam es zu Ausfuhren im Wert von 2,46 Millionen Euro. 2022 sank der Wert auf 380.426 Euro – davon gingen rund drei Viertel der Lieferung an die dort stationierten Streitkräfte von EU- bzw. NATO-Staaten. 2023 erreichten deutsche Rüstungsexporte nach Niger den höchsten Wert seit 1999. Deutschland führte sieben Lieferungen aus, welche Flugzeuge für die Grenzüberwachung und Teile für unbemannte Luftfahrzeuge für die Streitkräfte eines EU- oder NATO-Verbündeten enthielten. Die Lieferungen wurden vor dem Militärputsch 2023 genehmigt.

## Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

**Tabelle 3**

**Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Niger 2020-2024, Mio. TIV<sup>1</sup>**

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	19	16	33	15	-	83

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

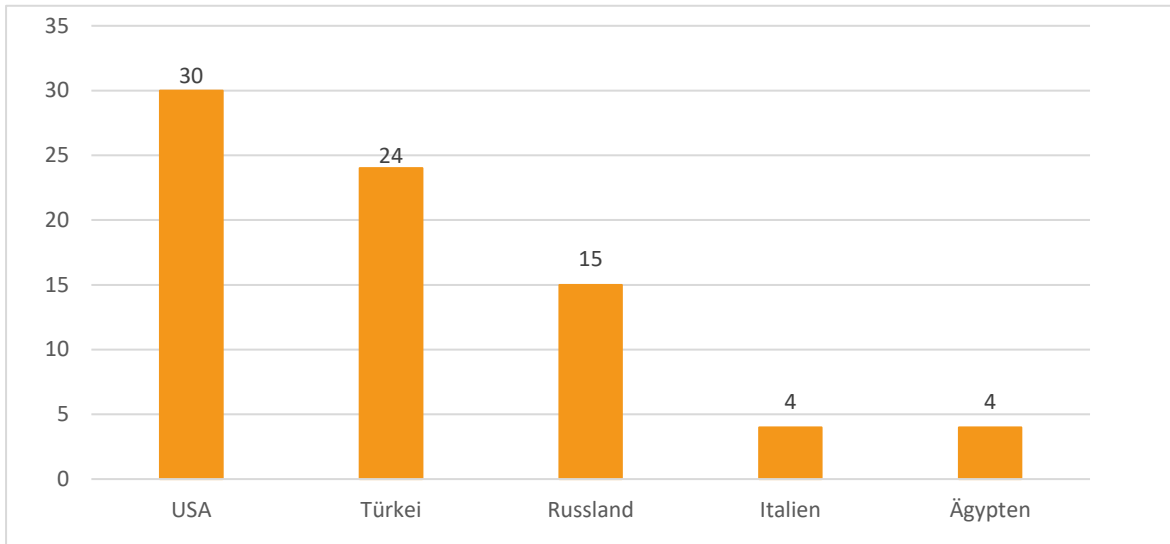
**Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Niger 2020-2024, Mio. TIV**

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Niger geliefert hat, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

## Schaubild 2

**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Kommentar zu den Waffenkäufen**

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm Niger 2020 bis 2024 die 94. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Waffensysteme führte Niger in diesem Zeitraum insbesondere aus den USA ein (36 % aller Lieferungen), gefolgt von der Türkei (29 %), Russland (17 %), Italien (5 %) und Ägypten (5 %).

Die **USA** lieferten seit 2015 zwei neuwertige Leichttransportflugzeuge vom Typ Cessna 208B, ein gebrauchtes (und vermutlich modernisiertes) KingAir-350 Aufklärungsflugzeug und stiftete zwei gebrauchte, modernisierte C-130H Hercules (Transportflugzeug) sowie zwischen 2019 und 2021 51 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Mamba-7.

Die **Türkei** lieferte 2022 sechs neuwertige Bayraktar TB2 Kampfdrohnen nach Niger. 2023 erhielt Niger zudem zwei bewaffnete Trainingsflugzeuge (Hurkus-C). Die Lieferung einer unbekanntenen Anzahl Ejder Yalcin (gepanzerte Mannschaftstransporter) steht noch aus.

**Russland** lieferte lediglich 2020 zwei neuwertige bewaffnete Transporthubschrauber vom Typ Mi-171Sh, **Italien** zwei gebrauchte Bell-3412 Helikopter und **Ägypten** stiftete Niger im Jahr 2023 30 gebrauchte BRDM-2 (gepanzerte Aufklärungsfahrzeuge) und 12 gebrauchte gezogene Geschütze (M-30 122mm).

In den Jahren zuvor spielten vor allem auch China, Frankreich und die Ukraine eine größere Rolle als Lieferanten für Niger. So lieferte **China** gepanzerte Mannschaftstransporter (fünf vom Typ ZFB-05, zwei vom Typ WZ-523 sowie 20 Tiger). Von der ehemaligen Kolonialmacht **Frankreich** erhielt Niger zwischen 2010 und 2023 insgesamt acht Leichtflugzeuge (Typ Tétaras), fünf gebrauchte, teilweise modernisierte bewaffnete Leichthubschrauber (Typ Gazelle SA-342), sechs gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter (Typ VAB-VTT) und 13 neuwertige vom Typ Bastion. Der Großteil der französischen Lieferungen waren entweder Schenkungen Frankreichs oder wurden durch die EU finanziert. Aus der **Ukraine** erhielt Niger 2013 zwei gebrauchte Bodenangriffsflugzeuge vom Typ Su-25. Zudem lieferte **Südafrika** seit

2014 insgesamt 32 neuwertige Puma M-36 (gepanzerte Mannschaftstransporter), von denen drei durch die USA finanziert wurden und die letzten acht im Jahr 2022 ausgeliefert wurden.

Dem Small Arms Survey zufolge gehörte Niger zwischen 2013 und 2015 zu den fünf größten Importeuren von Kleinwaffen in Subsahara-Afrika. Dabei bezog es 77 Prozent seiner Kleinwaffen aus Frankreich, 17 Prozent aus China und drei Prozent aus der Schweiz. Im Jahr 2024 bezog Niger laut SIPRI-Datenbank keinerlei Großwaffensysteme.

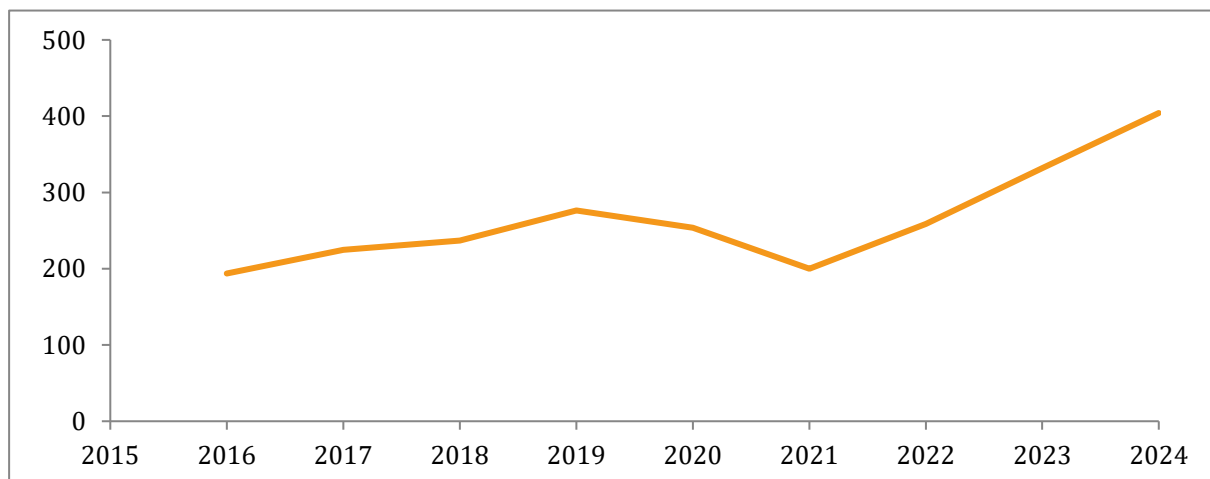
## Militärausgaben

**Tabelle 5**  
**Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP**

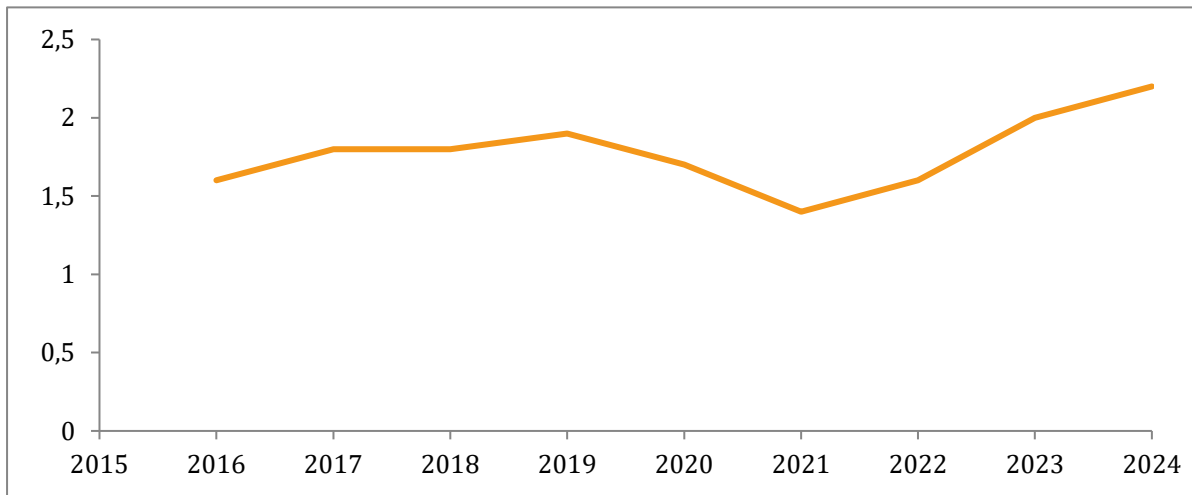
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	254	200	259	332	404
Anteil am BIP (in Prozent)	1,7	1,4	1,6	2,0	2,2
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	7,7	5,6	7,3	12,5	13,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 3**  
**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.  
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Schaubild 4****Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Lokale Rüstungsindustrie

Niger verfügt keine nennenswerte eigenständige Rüstungsindustrie, lediglich über begrenzte Wartungseinrichtungen, und ist deshalb für die Ausrüstung seines Militärs stark auf Rüstungsimporte angewiesen. Wie viele andere afrikanische Staaten wurde Niger seit Erlangen der Unabhängigkeit insbesondere von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich mit gebrauchter militärischer Ausrüstung versorgt. Niger ist deshalb zur Ausstattung seiner Streitkräfte in einem hohen Maße auf Rüstungsimporte angewiesen. Dem Small Arms Survey zufolge ist Niger kein Produzent von Kleinwaffen und Munition, sodass das Land auch in diesem Waffensektor erheblich von Importen, insbesondere aus nicht-afrikanischen Ländern, abhängig ist. Zwischen 2013 und 2015 gehörte Niger zu den fünf größten Importeuren von Kleinwaffen in Subsahara-Afrika. Die Folgen der fehlenden Eigenproduktion zeigen sich auch darin, dass geschmuggelte und durch die Sicherheitskräfte konfiszierte Waffen und Munition teilweise in nationale Rüstungsbestände überführt werden – umgekehrt landen aber auch immer wieder Waffen aus nationalen Beständen, auch benachbarter Staaten, in den Händen von bewaffneten Gruppen (siehe hierzu mehr im Kapitel „[Regionale Rüstungskontrolle](#)“).

Ein beträchtlicher Teil der von westlichen Ländern bereitgestellten Gelder landete in der Vergangenheit jedoch oft nicht in entsprechenden Rüstungsgütern, sondern in Taschen von Zwischenhändler:innen. So fand eine Prüfung durch die Inspection Générale des Armées Probleme mit Verträgen im Wert von über 320 Millionen US-Dollar im Zeitraum von 2011 bis 2019. Ein Wert von 137 Millionen Dollar soll innerhalb von acht Jahren mittels manipulierter Ausschreibungsverfahren und überhöhter Preise abhandengekommen sein.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Selektiv; 24 Monate

### Box 1

#### Gesamtstärke der Streitkräfte

39.100 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 39.000

Luftwaffe: 100

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 48.000, davon:

Gendarmerie: 15.000

Nationalgarde: 17.000

Nationale Polizei: 16.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

### Tabelle 6

#### Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	33,1	39,1	39,1
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,3	1,5	1,4

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

### Kommentar

Das Militär Nigers umfasst die Streitkräfte des Heeres sowie der Luftwaffe und wird um die paramilitärischen Einheiten der Nationalpolizei, der Nationalgarde und der Gendarmerie ergänzt. Über eine Marine verfügt der afrikanische Binnenstaat nicht. Oberbefehlshabende Person der nigrischen Streitkräfte ist der:die Präsident:in. Der zahlenmäßige Umfang des Militärs blieb in den vergangenen Jahren konstant auf einem eher geringen Niveau: So verfügte Niger im Jahr 2000 lediglich über 5.300 aktive Soldat:innen in den Streitkräften sowie 5.400 Personen in paramilitärischen Einheiten – bei einer Einwohner:innenzahl von über 20 Mio. Menschen. Mittlerweile wurde der Personalumfang dem International Institute for Strategic Studies (IISS) zufolge jedoch deutlich erhöht: So verfügt das Heer nun über 39.100 aktive Soldat:innen; in paramilitärischen Einheiten dienen nun insgesamt 48.000 Personen.

Eine der Hauptaufgaben des nigrischen Militärs besteht in der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus und Extremismus. So war Niger – bis zu seinem Austritt und der hierauf folgenden Auflösung Ende 2023 – Mitglied der G5 Sahel Joint Force sowie bis zu seinem Austritt im März 2025 Mitglied der Multinational Joint Task Force against Boko

Haram (MNJTF). Während die G5 Sahel Joint Force aus rund 5.000 Soldat:innen bestand, wurde die Truppenstärke der MNJTF bis zu Nigers Austritt auf rund 10.000 geschätzt. Grenz-überschreitender Terrorismus und andere transnationale Sicherheitsprobleme sollen nun verstärkt im Rahmen der im September 2023 gegründeten „Allianz der Sahel-Staaten“ (AES) – einem kollektiven Verteidigungsbündnis zwischen den drei militärisch regierten Ländern Burkina Faso, Mali und Niger – bekämpft werden. Auch aus der Economic Community of West African States (ECOWAS) stiegen die drei Länder zu Beginn des Jahres 2025 geschlossen aus, sodass auch hier keine militärische bzw. Sicherheitskooperation zu den Nachbarländern mehr zu erwarten ist.

Die nigrischen Streitkräfte gelten als kampferprobt und regional vergleichsweise gut ausgebildet, was sich in Einsätzen der internationalen Eingreiftruppen zur Terrorismusbekämpfung zeigte. Dies ist speziell auch auf vorige internationale Ausbildungsmissionen durch westliche Länder (bspw. Frankreich, Italien, Deutschland aber auch die EU und die USA) zurückzuführen. Die Fähigkeiten zu Kampfeinsätzen über die Grenzen hinaus, ohne externe Unterstützung, sind dennoch weiterhin begrenzt. In Reaktion auf die Militärputsche in der Region und der Beendigung der meisten Operationen und Ausbildungshilfen (lediglich die italienische Ausbildungsmission in Niger sowie EUCAP Sahel Mali werden fortgeführt) zog auch die USA 2024 ihre letzten Soldat:innen aus Niger ab. Stattdessen wird seitens Niger die Kooperation mit Russland ausgebaut. So sollen 2024 Wagner-Truppen nach Niger entsendet worden sein. Zudem kündigten die drei AES-Staaten eine Kooperation mit Roscosmos an: es soll ein gemeinsames Kommunikations- und Satellitensystem zur Überwachung gemeinsamer Grenzen entwickelt werden.

## Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

### Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	155	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	151	
Gepanzerte Nutzfahrzeuge	Mehr als 10	
Artillerie	Mehr als 52	Zusätzlich einige Mehrfachraketenwerfer (PH-63)
Panzerabwehr	14	
Luftabwehr	39	

Quelle: IISS Military Balance 2025

## Kommentar

Die Einsatzfähigkeit und Schlagkraft der nigrischen Landstreitkräfte werden insbesondere dadurch beeinträchtigt, dass das Militär nur über größtenteils veraltete Waffensysteme verfügt. So sind beispielsweise 125 Spähpanzer der französischen Firma Panhard vom Typ AML-20/-60/-90 aus den 1960er bis 1980er Jahren. Auch 22 der 151 Mannschaftstransporter sind gepanzerte Panhard M3, die bereits vor 1987 produziert wurden. Darüber hinaus verfügt das Heer über 21 minenresistente Puma M26-15, die aus Südafrika stammen. Im Bereich der Artillerie und der Panzerabwehr setzt es teilweise Waffen wie den 81mm-Mörser der Firma Brandt oder das rückstoßfreie Geschütz des Typs M20 von Panhard ein, die aus Zeiten des Zweiten Weltkrieges stammen.

In jüngster Zeit erhielten die nigrischen Streitkräfte jedoch auch modernere Ausrüstung aus diversen Staaten. Frankreich lieferte im Oktober 2017 beispielweise 17 Fahrzeuge (mit Maschinengewehren ausgerüstete Pick-ups, Trucks) sowie Ausrüstung (Helme, Schutzwesten) und weiteres Equipment (Radios, Nachtsichtsysteme, Abwehrsysteme improvisierter Sprengfallen), um das Land im Rahmen der G5 Sahel Joint Force zu stärken. Im Jahr 2019 folgten 13 (von der EU finanzierte) und von Frankreich gelieferte Bastion-Fahrzeuge. Auch Deutschland unterstützte das nigrische Heer im Zuge seiner „Ertüchtigungsinitiative“ 2018 mit 53 geländetauglichen Lastwagen. Aus China (2017), den USA (2020), den VAE (2021) bezog Niger kürzlich kleine Zahlen an gepanzerte Mannschaftstransporter der Typen Tiger, Mamba und Guardian. Aus der Türkei wurde 2022 eine unbekannte Anzahl an gepanzerten Ejder Yalcin Mannschaftstransportern geordert.

**Tabelle 8**

### *Luftwaffe*

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Erdkampfflugzeuge	2	
Aufklärer	6	
Transportflugzeuge	9	Davon 1 Passagierflugzeug
Ausbildungsflugzeuge	3	Alle bewaffnet
Kampfhubschrauber	2	
Mehrzweckhubschrauber	8	
Raketen	Einige	CIRIT

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

## Kommentar

Die militärische Ausstattung der nigrischen Luftwaffe, die eine Personalstärke von lediglich 100 Soldat:innen besitzt, besteht ebenfalls zu großen Teilen aus veralteter Ausrüstung. So wurden vier der derzeit verfügbaren neun Transportflugzeuge – u. a. vom Typ An-26, C-130H, Do-28 und Do-228 – bereits vor 1986 produziert. Im Zuge ihres Anti-Terrorismus-

Kampfes erhält die nigrische Luftwaffe jedoch zunehmend auch modernere Ausstattung. Im Jahr 2013 importierte Niger beispielsweise zwei Kampfflugzeuge vom Typ Su-25 aus der Ukraine; im selben Jahr stellte Frankreich drei Mehrzweckhubschrauber vom Typ SA342 Gazelle zur Verfügung. Darüber hinaus gehören der Luftwaffe zwei russische Mehrzweckhubschrauber vom Typ Mi-17, die sich seit Januar 2018 im Dienst befinden, sowie zwei Kampfhubschrauber vom Typ Mi-35P Hind. Aus den USA bekam das Land im Oktober 2015 zwei Cessna 208 Transportflugzeuge und 2021 ein zweites generalüberholtes C-130 Transportflugzeug. Vier der amerikanischen Cessna-Modelle werden darüber hinaus auch zur Luftüberwachung eingesetzt. Niger verfügt zudem über zwei österreichische Luftüberwachungsflugzeuge vom Typ Diamond DA42, die seit 2004 produziert werden.

Im Jahr 2016 verlegte Niger weite Teile seiner Luftwaffe von der Hauptstadt Niamey in die Nähe von Diffa, das sich nahe der Grenze zu Nigeria befindet. Die neue Basis befindet sich somit näher an der Region, in der gegen Boko Haram gekämpft wird. Dies birgt jedoch das Risiko, dass nigrische Ausstattung bei Überfällen in die Hände von Boko-Haram fällt; so geschehen etwa im Juni 2016 im nigrischen Außenposten Bosso.

## Box 2

### *Peacekeeping*

*Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 4 Soldat:innen*

*Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 5 Soldat:innen*

*Quelle: IISS Military Balance 2025*

## Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Beziehung zwischen der nigrischen Gesellschaft und dem Militär ist von zahlreichen Militärputschen und einer langen Phase autoritärer (Militär)Herrschaft geprägt. 1974 etablierte sich in Niger erstmalig seit der im Jahr 1960 erlangten Unabhängigkeit von Frankreich ein Militärregime. Erst nach dem Tod von Oberst Seyni Kountché im Jahr 1987 und darauf folgenden Protesten, die zur Zulassung von Oppositionsparteien führten, wurde die Macht des Militärs eingeschränkt. Nach den freien Parlamentswahlen im Jahre 1993 kam es im Januar 1996 erneut zu einem Putsch des Militärs, infolgedessen Oberst Ibrahim Baré Mainassara Präsident wurde. Mainassara wurde nur wenig später, im April 1999, im Zuge eines erneuten Putsches von Soldaten der eigenen Präsidentengarde getötet. Noch im selben Jahr fanden Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der ehemalige Militäroberst Tandja Mamadou, zum Staatsoberhaupt gewählt wurde. Nachdem dieser 2009 versucht hatte, seine Herrschaft um eine verfassungswidrige dritte Amtszeit zu verlängern, kam es landesweit zu Protesten, auf die im Jahr 2010 der vierte militärische Umsturz folgte. Nach einem vom Militär organisierten Verfassungsreferendum wurden Anfang 2011 erneut Wahlen abgehalten. Die darauf folgende, zivile Regierung unter Mahamadou Issoufou unter der PNDS (Parti nigérien pour la démocratie et le socialisme) soll 2015 einen weiteren Putschversuch des Militärs vereitelt haben, was allerdings nicht als bewiesen gilt. Im März 2021 wurde ein weiterer Putschversuch, zwei Tage vor der geplanten Amtseinführung des neu gewählten Präsidenten, Mohamed Bazoum (PNDS), durch die Präsidentengarde vereitelt. Im

Juli 2023 putschte das Militär erneut; zum fünften Mal seit der Unabhängigkeit des Landes mit Erfolg. Hierbei nahm die Präsidentengarde Mohamed Bazoum gefangen. Der Kommandant der Präsidentengarde, General Abdourahamane Tchiani erklärte sich selbst zum neuen Anführer der Militärjunta.

Trotz dieser zahlreichen Eingriffe des Militärs in die Politik Nigers ist das grundsätzliche Vertrauen der Zivilbevölkerung in das Militär relativ hoch: Ergebnissen des Afrobarometer 2023 zufolge, gaben bspw. insgesamt 85 Prozent der nigrischen Befragten an, dass sie dem Militär grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen würden. Dieses hohe Vertrauen fällt zusammen mit relativ schwach ausgeprägten pro-demokratischen Einstellungen: So widersprachen nur 43,8 Prozent der nigrischen Befragten der Aussage, dass es in Ordnung sei, wenn das Militär in politische Prozesse eingreife, um das Land zu regieren. Die Zustimmung zu militärischen Interventionen war dabei insbesondere in den Regionen hoch, in denen es häufiger gewalttätige Konflikte gab.

Das Militär hat wenig Einfluss in den nördlichen Regionen, die größtenteils von Angehörigen der Imuschar – einem Volk der Imazighen, dessen Siedlungsgebiet sich im ganzen Sahelbereich über fünf Länder südlich der Sahara erstreckt – und von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden. Da es nicht gelungen ist, die Imuschar-Rebell:innen nach ihren Aufständen – der letzte Aufstand fand zwischen 2007 und 2009 statt – zu entmilitarisieren, sind Waffen in diesen Regionen weit verbreitet. Dies wurde zudem durch den Fall Mouammar Kadhafis im Jahr 2011, verstärkt, nach dem tausende bewaffnete Kämpfer:innen, unter ihnen zahlreiche Imuschar, aus dem Land in die Region strömten, was nachträglich die Krise im Norden Malis beeinflusste. Gleichzeitig steigt der Einfluss von dschihadistischen Gruppen wie Boko Haram (die ursprünglich aus Nigeria stammen), über südöstliche Gebiete Nigers. Die tschadische Regierung spricht immer wieder von militärischen Erfolgen gegen diese Gruppe. Diese sind jedoch relativ zu betrachten, da sie nicht selten zu Vergeltungsschlägen und weiteren Radikalisierungsprozessen führen.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Neben der Armee besteht der nigrische Sicherheitsapparat aus der nationalen Polizei, der Nationalgarde und der Gendarmerie. Während die nationale Polizei dem Innenministerium untersteht und primär für die Strafverfolgung in Städten zuständig ist, ist die Gendarmerie dem Verteidigungsministerium untergeordnet und für die ländliche Sicherheit zuständig. Die

Nationalgarde, welche auch dem Innenministerium untergeordnet ist, ist zuständig für die innere Sicherheit, den Schutz öffentlicher Gebäude und hochrangiger Beamter.

Dem nigrischen Sicherheitssektor mangelt es erheblich an Ressourcen und Kapazitäten. Die internationale Nichtregierungsorganisation Transparency International gibt an, dass sowohl eine adäquate Ausbildung der Sicherheitskräfte als auch fundamentales Equipment wie Benzin für Fahrzeuge sowie Funkgeräte fehlten. Dies schränkt polizeiliche Aktivitäten ebenso ein, wie die Tatsache, dass nur spezialisierte Polizeieinheiten über ein Grundlagenwissen hinsichtlich des Umgangs mit Waffen verfügen. Korruption bleibt nach Transparency International eine zentrale Problematik, die durch den Staat nur unzulänglich geahndet wird. Eine besondere Herausforderung für die nigrischen Sicherheitskräfte stellt seit geraumer Zeit die (transnationale) organisierte Kriminalität in Form von illegalem Schmuggel von Waffen, Munition, Drogen und Menschen dar. Hinzu kommt der grenzüberschreitende Extremismus und Terrorismus, mit dem sich der Sicherheitsapparat konfrontiert sieht.

Aktuelle Mängel im nigrischen Sicherheitssektor werden unter anderem mithilfe internationaler Missionen adressiert. So hat die Europäische Union im Jahr 2012 die Mission EUCAP Sahel Niger (EU Capacity Building Mission in Niger) mandatiert. Diese zielte auf ein Training der nigrischen Sicherheitskräfte im Umgang mit organisierter Kriminalität und Terrorismus. Darunter fielen zum Beispiel der Kapazitätsaufbau an Polizeiakademien sowie Schulungen der Polizei in Agadez im Norden des Landes, einer Stadt, die als Hotspot für Menschenhandel und –schmuggel gilt. Zugleich zielte die Mission auch darauf ab, die Unterdrückung und Verletzung von Menschenrechten durch die Sicherheitskräfte mittels Train-the-Trainer-Seminaren an Ausbildungszentren der Polizei zu verringern. Zuletzt waren 14 Staaten an der Mission beteiligt, die Mission wurde Ende 2024 allerdings eingestellt.

Um die nationale Polizei zu stärken, wurde 2017 zudem erstmals eine Nationale Strategie für innere Sicherheit verabschiedet (2022 aktualisiert; Zeithorizont bis 2026). Im Zuge der neuen Strategie wurde eine bürgernahe Polizeiarbeit implementiert, das Personalwesen bei Polizei und Gendarmerie reformiert und die Zahl der Stellen aufgestockt. So umfasst die nationale Polizei seither 16.000 Personen (2022 noch 8.500), die Gendarmerie 15.000 Personen (2022: 7.000) und die Nationalgarde weitere 17.000 Personen (2022: 9.000). Insgesamt wurden damit die polizeilichen Kräfte innerhalb eines Jahres um 23.500 Personen aufgestockt.

In den vergangenen Jahren kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden. Internationale Aufmerksamkeit erregte insbesondere das gewaltsame Vorgehen der Gendarmerie gegen einen unbewaffneten Studierendenprotest in der Hauptstadt Niamey im April 2017, bei dem eine Person getötet und Dutzende weitere verletzt wurden. Unter Verweis auf die nationale Sicherheit gehen Sicherheitskräfte zudem regelmäßig gegen Personen vor, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung oder Versammlungsfreiheit wahrnehmen. Berichtet wird auch über Fälle des Verschwindenlassens nach Festnahmen durch Sicherheitskräfte. So wurden im Mai 2015 acht Männer inhaftiert, die seither als vermisst gelten. Das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung bleibt daher ambivalent. Nach Daten des Afrobarometers 2021/2023 gingen rund 65 % der Befragten davon aus, dass die Polizei zumindest gelegentlich exzessive Gewalt gegen Demonstrierende einsetzt. Nur 30 % schlossen eine Verwicklung der Polizei in kriminelle Aktivitäten aus. Gleichzeitig genoss die Polizei mit über 75 % hohe Vertrauenswerte, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass die Mehrheit der Befragten ihr einen respektvollen Umgang mit Bürger:innen und die Achtung ihrer Rechte bescheinigte.

## Diversität in den Streitkräften

Frauen sind in allen Sicherheitskräften Nigers vertreten; einzelne Beamtinnen wurden zudem im Rahmen von UN-Friedensmissionen eingesetzt. Aktuelle offizielle Daten zur Repräsentation von Frauen in den Sicherheitskräften liegen jedoch nicht vor. Die jüngsten verfügbaren Zahlen stammen aus den Jahren 2018/2019 und weisen auf eine sehr geringe Beteiligung hin: Frauen stellten lediglich 4,7 % des militärischen Personals, rund 5 % der Polizeikräfte, rund 7 % der Gendarmerie sowie etwa 4,5 % der Nationalgarde. Strukturelle und soziokulturelle Barrieren erschweren Frauen weiterhin den Zugang zu Sicherheitsinstitutionen sowie ihre Beförderung und Entsendung in internationale Friedenseinsätze. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, unterstützte der Elsie Initiative Fund ein Reformprojekt zur Förderung der Beteiligung von Frauen in den Sicherheitskräften. Das Vorhaben sah unter anderem vor, den Frauenanteil in den Streitkräften um 10 % und in der Polizei um 15 % zu erhöhen. Nach dem Militärputsch im Juli 2023 wurde das Projekt jedoch eingestellt. Bereits zuvor gab es keine, oder nur kaum gender-spezifische Trainings (etwa geschlechtsbasierte Gewalt betreffend) für Sicherheitskräfte. Zudem liegen keine Informationen darüber vor, inwiefern Frauen in Kampfrollen dienen (dürfen), oder welche Ränge sie bisher einnehmen (dürfen).

Zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 bzw. der weiteren Women, Peace and Security (WPS-) Agenda verfügt Niger eigentlich über einen Nationalen Aktionsplan (NAP). Nach einem ersten NAP für den Zeitraum 2016 bis 2019 verabschiedete die ehemalige Regierung einen zweiten Aktionsplan für 2020 bis 2024. Dieser verfolgt entsprechend der WPS-Agenda unter anderem das Ziel, Hindernisse für die Beteiligung von Frauen an Konfliktprävention, Friedensprozessen und sicherheitspolitischen Entscheidungsstrukturen abzubauen sowie ihre Repräsentation in öffentlichen Institutionen zu stärken. Die Erfolge scheinen allerdings begrenzt – es ist zudem davon auszugehen, dass diese Ziele seit dem Putsch nicht mehr weiterverfolgt werden.

Im internationalen Vergleich fällt die Beteiligung von Frauen an UN-Friedensmissionen deutlich höher aus als ihr Anteil in den nationalen Sicherheitskräften. Frauen stellen (Stand: Dezember 2025) rund 32 % der entsandten Polizeikräfte und 18 % der entsandten Militärangehörigen. Damit erreicht Niger die Zielvorgabe der Vereinten Nationen für einzelne Polizeikräfte von 30 %, verfehlt jedoch weiterhin die Zielwerte für Militärbeobachterinnen, Stabsoffizierinnen und militärische Truppenkontingente.

Explizite Verbote für den Militär- oder Polizeidienst von LGBTQIA+-Personen bestehen nicht. Angesichts der Strafbarkeit von gleichgeschlechtlichen Beziehungen, der Nicht-Anerkennung von Geschlechtsangleichungen und nicht-binären Identitäten sowie einer ausgeprägten sozialen Stigmatisierung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten ist jedoch davon auszugehen, dass ein offener Dienst in den Sicherheitskräften kaum möglich ist.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

### Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

#### *Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen*

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	<a href="https://treaties.un.org">https://treaties.un.org</a>
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

### Kommentar

Niger ist den wichtigsten internationalen Verträgen und Konventionen bezüglich Abrüstung und Rüstungskontrolle beigetreten. So hat das Land am 24. März 2014 auch den Arms Trade Treaty (ATT) unterzeichnet und rund ein Jahr später ratifiziert, der internationale Standards für den Waffenhandel festlegt. Damit soll unter anderem auch dem illegalen Waffenhandel vorgebeugt werden. Jedoch legte Niger seit der Ratifizierung lediglich einen Jahresbericht, für 2014, vor.

Gegen Niger ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt. Allerdings verhängte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) in Reaktion auf den jüngsten Militärputsch (26. Juli 2023) Sanktionen gegen Niger, welche im Februar 2024 jedoch wieder aufgehoben wurden.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

**Tabelle 11**

#### *Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**Box 3****Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2025**

*The military authorities in Niger have cracked down on media, peaceful dissent, and the political opposition since taking power in a coup in July 2023. They have arbitrarily detained former President Mohamed Bazoum and his wife, dozens of officials from the ousted government, and people close to Bazoum, as well as several journalists. They have also rejected public oversight of military spending. Niger continues to battle Islamist armed groups, including the Islamic State in the Sahel Province (ISSP) and the rival Al-Qaeda-linked Group for the Support of Islam and Muslims (Jama'at Nusrat al-Islam wa al-Muslimeen, JNIM), as well as Boko Haram and the Islamic State West Africa Province (ISWAP) in its western and southeastern regions. In response to the coup, the Economic Community of West African States (ECOWAS) imposed sanctions on the country and the coup leaders in August 2023, including travel bans and asset freezes. ECOWAS lifted the sanctions in February. In August 2023, Niger's current leader, Gen. Abdourahamane Tiani, announced a three-year transition to democratic rule, but no date for presidential elections has been fixed. On January 28, the junta announced it would leave ECOWAS, along with Mali and Burkina Faso, a move that would limit opportunities for its citizens to seek justice for human rights violations through the ECOWAS Community Court of Justice. On July 7, the military leaders of Niger, Burkina Faso, and Mali signed a treaty establishing the Confederation of the Sahel States (Alliance des États du Sahel, AES), taking the Alliance of Sahel States, a mutual defense pact created in September 2023, a step further, and ruling out any possibility of returning to ECOWAS.*

*Quelle: Human Rights Watch, World Report 2025: Niger*  
<https://www.hrw.org/world-report/2025/country-chapters/niger>

**Box 4****Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

*A rmed groups committed unlawful attacks and killings. Authorities continued to crack down on human rights through the dissolution of several unions and the arbitrary detention of journalists, human rights defenders and opposition figures including the former president and his wife. The fate and whereabouts*

of a former minister abducted in January remained unknown. National consultations recommended measures to address violence against women and children. In response to the influx of migrants deported from Algeria, the government announced a repatriation programme to avoid a humanitarian crisis.

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

## Box 5

### **Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für den Niger auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 24/60

Politische Rechte: 3/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (27/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

## Box 6

### **Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

Niger experienced its first transfer of power between democratically chosen presidents in the 2020–21 elections, but the civilian government was overthrown in a July 2023 coup. That government, which faced security challenges posed by militant groups, limited civil liberties while in power. The junta, which also faces continued insecurity, has dissolved many governing institutions, consolidated its power, and further restricted civil liberties.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/niger/freedom-world/2026>

## Kommentar

Die Präsidentschaftswahl 2016, aus der Mahamadou Issoufou als Sieger hervorging, sowie die Wahl der Nationalversammlung im selben Jahr wurden der internationalen Nichtregierungsorganisation Freedom House zu Folge durch weitreichende Unregelmäßigkeiten wie die Manipulation von Wahlergebnissen und Stimmenkauf begleitet. Zahlreiche Oppositionspolitiker:innen waren zu dieser Zeit inhaftiert, weil ihnen die Teilnahme an nicht genehmigten Protesten oder die Planung eines Putschversuches vorgeworfen worden war. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere die umstrittene Festnahme des Oppositionspolitikers Hama Amadou, der wegen angeblichen Babyhandels verhaftet worden war, und der darauffolgende Wahlboykott des Oppositionsbündnisses Issoufous Sieg bei der Stichwahl mit 92,5 Prozent der Stimmen ermöglichten.

Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind in Niger klar eingeschränkt. So berichtet Amnesty International jährlich von mehreren Hundert Menschen, die inhaftiert und strafrechtlich verfolgt werden, weil sie ihre Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ausgeübt hatten. Unter ihnen sind Aktivist:innen und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, Studierende und Journalist:innen. Die Situation in den überlasteten Gefängnissen, in

denen Demonstrationsteilnehmende teils monatelang einsaßen, ist höchst bedenklich. Mitunter befinden sich doppelt so viele Personen in den Gefängnissen wie eigentlich vorgesehen. Amnesty International verweist darauf, dass Inhaftierte sehr wahrscheinlich auch gefoltert werden. Nach dem Coup 2023, bei dem sich General Abdourahmane Tiani an die Macht putschte, veränderte die Freiheiten der Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht. Medienvertreter:innen und Regierungskritiker:innen werden weiterhin inhaftiert und bedroht. Zwar stellte Machthaber Tiani Präsidentschaftswahlen nach einer dreijährigen Transitzeit in Aussicht in Aussicht, benannte jedoch kein explizites Datum.

Im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen (vgl. das Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) leistet die nigrische Regierung logistische Unterstützung für die malische Imghad Tuareg and Allies Self-Defense Group (GATIA), die Kindersoldat:innen rekrutiert.

Freedom House geht von zehntausenden Menschen aus, die in Sklaverei leben – in der Regel in Folge von Menschenhandel, der in Niger seit 2015 gesetzlich verboten ist. Die Bertelsmann Stiftung verweist in ihrem Länderbericht zu Niger 2019 bspw. auf Schätzungen von rund 43.000 Menschen, die in Sklaverei leben. Der Global Slavery Index 2023 schätzt die Zahl der in Sklaverei-ähnlichen Verhältnissen lebenden in Niger auf 112.000. Besorgniserregend ist zudem die Lage von Flüchtenden und Migrant:innen, die Niger Richtung Nordafrika durchqueren und hierbei oft Opfer von unrechtmäßiger Inhaftierung durch die Polizei werden. Auch gibt es laut Berichten der Internationalen Organisation für Migration etliche Flüchtende und Migrant:innen, die Opfer von Menschenhändler:innen und mitunter zur Prostitution gezwungen werden.

### **Geschlechtsspezifische Gewalt**

Auf internationaler Ebene hat Niger die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – jeweils einschließlich der Fakultativprotokolle. Auf nationaler Ebene bestehen zwar einzelne strafrechtliche Schutzbestimmungen, der rechtliche Rahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt weist jedoch weiterhin erhebliche Lücken auf.

Das Strafgesetzbuch stellt Vergewaltigung, weibliche Genitalverstümmelung und sexuelle Belästigung unter Strafe. Vergewaltigung in der Ehe sowie verschiedene andere Formen der GBV (etwa Femizide), werden jedoch nicht als eigenständige Straftatbestände erfasst. Zudem sind Schwangerschaftsabbrüche weitgehend kriminalisiert und können mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet werden.

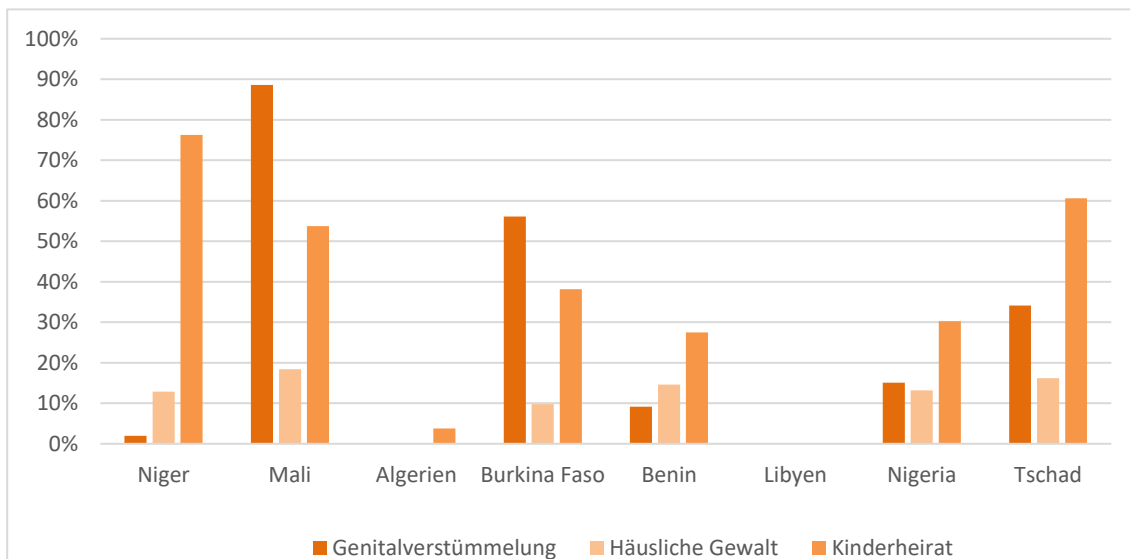
Belastbare Daten zur Verbreitung geschlechtsspezifischer Gewalt sind begrenzt. Nach Angaben des UNFPA hatten allein innerhalb von 12 Monaten 12,9 % der Frauen körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Intimpartner erfahren. Damit bewegt sich Niger im regionalen Mittelfeld. Weibliche Genitalverstümmelung ist mit einer Prävalenz von 2 % vergleichsweise selten und deutlich weniger verbreitet als in den meisten Nachbarstaaten. Gleichzeitig weist Niger mit 76,3 % die höchste bekannte Quote für Kinderehen (Verheiratung vor Vollendung des 18. Lebensjahrs) weltweit auf und liegt damit auch deutlich über den Werten der Nachbarländer. Mehr als jede vierte Frau (28 %) wurden sogar bereits vor

Vollendung des 15. Lebensjahres verheiratet – wenngleich diese Daten aus 2012 stammen und damit mit Vorsicht zu genießen sind.

Die Rechte von LGBTQIA+-Personen haben sich zuletzt noch weiter verschlechtert. Im März 2025 verbot die Militärjunta mit Artikel 25 der Charta der Neugründung ausdrücklich einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Erwachsenen; seit Juni 2026 sind Strafen zwischen 5 und 10 Jahren Haft möglich. Nicht-binäre Identitäten oder Geschlechtsangleichungen werden rechtlich nicht anerkannt. Darüber hinaus besteht kein Diskriminierungsschutz oder ein rechtlicher Schutz vor Hassverbrechen. Der Equality Index führt Niger damit auf Rang 136 von 197 Staaten – insb. hinsichtlich der öffentlichen Meinung schneidet Niger schlecht ab (12 von 100 Punkten gegenüber immerhin noch 36 Punkten bei der rechtlichen Situation).

### Schaubild 5

#### ***Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %***



*Häusliche Gewalt meint hier physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner innerhalb der letzten 12 Monate (unter 15-49-jährigen Frauen); Kinderheirat bezieht sich auf unter 18-jährige Mädchen.*

*Quelle: United Nations Population Fund; <https://www.unfpa.org/data>*

## Innere Lage im Empfängerland

### Box 7

#### ***Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024***

*In spite of experiencing its first transfer of power from one civilian government to another in March 2021, Niger's political path remains highly uncertain and prone to volatility. While the exact nature of the 2020/2021 elections remains unclear due to the lack of a substantial team of election observers, significant concerns arose over potential electoral manipulation and the risk of electoral violence. Although the Bazoum administration publicly professes commitment to democratic principles, its approach to handling*

*street protests and government critics closely mirrors that of its predecessor. Despite the government's ongoing efforts to suppress dissenting voices, a resilient civil society and vocal media outlets continue to thrive. Consequently, Niger stands as a hybrid political regime, grappling with challenges to democratic norms and institutions. In March 2021, an attempted coup by a small faction of soldiers failed disastrously. Nevertheless, this incident underscores the potential for political dynamics akin to those witnessed in Mali, Burkina Faso, Chad, and Guinea to reemerge in Niger. [...] Niger continues to serve as a dependable diplomatic ally. Niamey has emerged as a vocal critic of junta-led governments in Mali and Burkina Faso, while simultaneously engaging in economic and military collaborations with both nations. It also seeks close ties with Chad, advocating for regional stability. Despite Nigeria's unpredictable political climate, economic and diplomatic relations with Abuja remain harmonious. Niamey steadfastly supports intra-African economic cooperation and integration. On a global scale, Niger stands as the sole nation that participated in drafting a U.N. resolution opposing Russia's intervention in Ukraine. In contrast to Mali and Burkina Faso, Niger isn't pursuing improved relations with Moscow; instead, it has opted for closer connections with France and the United States.*

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/NER>

### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)**

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Niger 31 Punkte (2024: 34 Punkte). Damit erzielte es genauso viele Punkte wie Belarus, Dschibuti, die Mongolei, die Türkei und Usbekistan. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2025>

### **Spannungen und innere Konflikte**

Von 1990 bis 1995 rebellierte die Imuschar in Niger gegen ihre politische Marginalisierung sowie ihre mangelnde Integration und Repräsentation. Ein Friedensabkommen beendete den Aufstand zunächst. Der Konflikt flammte jedoch 2007 erneut auf, nachdem die MNJ (Mouvement des Nigériens pour la Justice) einen Militärposten im Air-Gebirge im Nordwesten des Landes angriff, wobei drei Soldat:innen getötet wurden. Die MNJ war ursprünglich eine Bewegung der Imuschar, der sich später auch andere Nomadengruppen sowie unzufriedene Angehörige der nigrischen Streitkräfte anschlossen. Sie warf der Regierung vor, das Friedensabkommen von 1995 nicht umzusetzen und die Imuschar weiterhin zu marginalisieren. Weitere Angriffe folgten, darunter ein Überfall im Juni 2007 mit 15 getöteten Soldat:innen und 72 Gefangenen. Die Regierung reagierte mit militärischen Gegenoffensiven und Verhaftungen. 2009 wurde schließlich unter Vermittlung Muammar al-Gaddafis in Sabha (Libyen) ein neues Friedensabkommen geschlossen, das die zweite Imuschar-Rebellion beendete.

Nach sozialen Unruhen kam es 2010 zu einem Militärputsch, ausgelöst durch den Versuch von Präsident Mamadou Tandja, entgegen der Verfassung eine dritte Amtszeit durchzusetzen. Nachdem das Verfassungsgericht diese Bestrebungen blockiert hatte, löste Tandja sowohl das Parlament als auch das Gericht auf und regierte per Notstandsdekret. Das verfassungsändernde Referendum von 2009 wurde von der Opposition boykottiert; Proteste wurden gewaltsam unterdrückt und politische Gegner:innen inhaftiert. Der anschließende Militärputsch führte zur Einsetzung eines „Obersten Rates für die Wiederherstellung der Demokratie“, zur Aussetzung der Verfassung und zur Festnahme Tandjas. 2011 folgten eine neue

Verfassung und demokratische Wahlen, aus denen Mahamadou Issoufou als Sieger hervorging. Seine Wiederwahl 2016 erfolgte unter Boykott großer Teile der Opposition nach der Inhaftierung des Oppositionspolitikers Hama Amadou.

Die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2020 fanden trotz befürchteter Gewalt ruhig statt. Mohamed Bazoum gewann die Stichwahl im Februar 2021. Seine Amtszeit endete jedoch mit dem Militärputsch vom 26. Juli 2023, bei dem er abgesetzt wurde und der General und Anführer der Putschisten Abdourahmane Tiani sich zum Staatsoberhaupt ernannte. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft verhängte Sanktionen und drohte mit einer militärischen Intervention. Daraufhin erklärten die Militärregierungen in Mali und Burkina Faso, indem sie erklärten im Falle einer Intervention militärisch auf der Seite Nigers eingreifen zu wollen. Mit der Allianz der Sahel-Staaten (AES) wurde am 16. September 2023 offiziell ein kollektives Verteidigungsbündnis der drei Staaten, begründet. Eine seitens der ECOWAS gesetzte Frist zum Rücktritt der nigrischen Junta verstrich, ohne dass letztlich eine Intervention erfolgte. Derzeit befindet sich das Land also in einer mehr als angespannten Situation, auch weil sich die ökonomischen Bedingungen – unter anderem aufgrund der Sanktionen – dramatisch verschlechtern. So explodierten die Lebensmittelpreise, Bargeld wird aufgrund von blockierten ausländischen Zentralbank-Reserven knapper und öffentliche Gehälter können nicht mehr vollumfänglich ausgezahlt werden. Aus humanitären Gründen hob die ECOWAS entsprechende Sanktionen im Februar 2024 allerdings wieder auf. Trotzdem traten Niger, Burkina Faso und Mali 2025 gemeinsam und mit sofortiger Wirkung aus der ECOWAS aus. Um ihren begrenzten Einfluss in peripheren Regionen auszugleichen, unterstützt die Regierung lokale Milizen, insbesondere aus nomadischen Gemeinschaften wie den Imuschar und Fulani. Diese Milizen tragen jedoch häufig zur Eskalation interkommunaler Gewalt bei. Besonders betroffen ist die Region Tillabéri, wo regelmäßige Angriffe auf Zivilist:innen und Sicherheitskräfte stattfinden. Laut ACLED wurden 2019 rund 700 Todesopfer registriert, 2024 bereits 1.774, darunter zahlreiche Zivilist:innen. Zudem kam es zu massiven Vertreibungen, insbesondere in der Diffa-Region, sowie zur dokumentierten Rekrutierung von Kindern.

## **Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region**

### **Geographische Lage**

Niger ist ein Binnenland in Westafrika und grenzt im Norden an Algerien und Libyen, im Osten an Tschad, im Süden an Nigeria und Benin und im Westen an Burkina Faso und Mali. Verortet in der Sahara und der Sahel- und Sudanzone bestehen weite Teile des Landes hauptsächlich aus Wüste. Niger gehört zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern weltweit.

### **Politische Situation in der Region**

Gelegen in einer politisch hochgradig instabilen Region und beeinflusst durch Konflikte in den Nachbarländern Libyen, Mali und Nigeria, hat sich Niger innerhalb kurzer Zeit zu einem zentralen Transitland westafrikanischer Migration entwickelt. Jährlich durchqueren schätzungsweise rund 150.000 Migrant:innen das Land auf ihrem Weg nach Nordafrika und Europa.

Seit der Unabhängigkeit von Frankreich am 3. August 1960 ist die politische Entwicklung Nigers – wie die vieler Nachbarstaaten – von Umstürzen, Rebellionen und institutioneller

Instabilität geprägt. Dem Fragile State Index zufolge zählen neben Niger auch Tschad, Libyen, Nigeria, Burkina Faso und Mali zu den besonders fragilen Staaten der Region. Ein zentraler destabilisierender Faktor ist der grenzüberschreitende islamistische Extremismus. Von Nigeria ausgehend breitete sich Boko Haram auch nach Niger aus; allein 2017 verzeichnete Amnesty International in Nigeria 65 Angriffe der Gruppe mit 411 getöteten Zivilist:innen. Die Region um den Tschadsee fungiert dabei als grenzübergreifender Rückzugsraum für Boko-Haram-Anhänger:innen in Kamerun, Nigeria, Tschad und Niger.

Zusätzliche Dynamik erhielt die Sicherheitslage durch die Krise in Mali ab 2012. Dort kämpfen staatliche Akteure, Milizen sowie jihadistische Gruppen mit Verbindungen zu al-Qaida und dem sogenannten Islamischen Staat um Macht und Einfluss. Das 2015 geschlossene Friedensabkommen gilt als nur unzureichend umgesetzt, insbesondere in ländlichen Regionen und Grenzgebieten. Auch entlang der nigrisch-malischen Grenze kommt es seither regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Niger verstärkte in Zusammenarbeit mit Frankreich und den USA seine militärische Präsenz in diesen Gebieten. Die International Crisis Group weist jedoch darauf hin, dass militärische Erfolge nicht zu einer nachhaltigen Stabilisierung führten, da interkommunale Konflikte und Konkurrenz um Land und Ressourcen politisch kaum adressiert werden. Zudem arbeiteten französische Truppen und nigrische Behörden teilweise mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen zusammen, darunter die malische GATIA-Miliz, der die Rekrutierung von Kindersoldat:innen vorgeworfen wird.

Auch in Mali und Burkina Faso kommt es regelmäßig zu Anschlägen und Entführungen durch Gruppen wie AQIM, Ansarul Islam und JNIM. In Burkina Faso verlor der Staat in Teilen des Nordens und Ostens zeitweise die Kontrolle über sein Territorium. Laut ACLED kamen 2019 in Niger und seinen Nachbarstaaten insgesamt 12.370 Menschen durch Terroranschläge und Kämpfe zwischen bewaffneten Gruppen und staatlichen Sicherheitskräften ums Leben, darunter 4.912 Zivilist:innen.

Zur militärischen Bekämpfung dieser grenzüberschreitenden Bedrohungen wurde 2014 das Regionalbündnis G5 Sahel gegründet, dem neben Niger auch Mali, Burkina Faso, Mauretanien und Tschad angehören. 2017 folgte die Einrichtung der G5 Sahel Joint Force mit einer geplanten Stärke von 5.000 Soldat:innen. Niger beteiligte sich zudem an der Multinational Joint Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram sowie an mehreren UN-Missionen, darunter MINUSMA in Mali. Nach dem Militärputsch 2023 zog sich Niger jedoch aus der G5 Sahel Joint Force und faktisch auch aus der MNJTF zurück; die MINUSMA-Mission wurde beendet. Stand Januar 2026 beteiligt sich Niger weiterhin in begrenztem Umfang an UN-Missionen wie MINUSCA, MONUSCO und BINUH.

Im Zuge der militärischen Terrorismusbekämpfung kam es wiederholt zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Human Rights Watch dokumentierte unter anderem außergerichtliche Tötungen, Folter und willkürliche Verhaftungen durch Soldat:innen der G5 Sahel Joint Force, insbesondere in Mali und Burkina Faso. Auch der MNJTF sowie der MINUSMA wurden Verstöße gegen internationales humanitäres Recht vorgeworfen, darunter Misshandlungen von Gefangenen und unzureichende Haftbedingungen für mutmaßliche Boko-Haram-Anhänger:innen, darunter Kinder. Diese Übergriffe untergraben das Vertrauen der Zivilbevölkerung in staatliche Sicherheitsakteure und verstärken bestehende Unsicherheiten.

## Grenzkonflikte

Der letzte Grenzkonflikt Nigers war eine Streitigkeit über die gemeinsame Grenze mit Burkina Faso, den beide Staaten am 20. Juli 2010 dem Internationalen Gerichtshof meldeten. Konkret ging es um die Grenzziehung zwischen dem astronomischen Marker Tong-Tong und dem Botou-Bogen. Im Jahr 2013 wurde die Grenze mit dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes neu definiert: 786 Quadratkilometer wurden Burkina Faso zugesprochen, 277 Quadratkilometer Niger. Durch den Austausch von 18 Ortschaften entlang der Grenze – Burkina Faso bekam 14 Ortschaften zugeschlagen, Niger vier Ortschaften – wurde der Grenzkonflikt beigelegt.

Seit ihrer Unabhängigkeit (1960) befanden sich Niger und Benin im Konflikt über den gemeinsamen Grenzverlauf. Konkret ging es um die Lage mehrerer Inseln innerhalb des Flusses „Niger“, insb. um die Insel Lété. Der IGH entschied Anfang der 2000er Jahre zugunsten eines Grenzverlaufs entlang der Flussmitte, womit Lété Niger zugesprochen wurde, während andere Inseln an Benin fielen. Eine seit dem Putsch 2023 anhaltende Grenzschießung Nigers gegenüber Benin hat den bilateralen Konflikt, trotz seiner rechtlichen Beilegung, erneut verschärft. Niger wirft Benin die Stationierung westlicher Streitkräfte vor und begründet die Schließung mit Sicherheitsbedenken. Blockierte Lieferketten und vermehrte illegale Grenzübertritte treiben die Preise in die Höhe und verschärfen die Spannungen weiter.

## Regionale Rüstungskontrolle

Niger ist seit dem ECOWAS-Austritt nicht mehr Teil der gesetzlich bindenden ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and other Related Materials, die 2006 verabschiedet wurde und 2009 in Kraft trat. Sie sieht strikte Kontrollen hinsichtlich des Transfers, der Herstellung, des Besitzes und der Sicherheit von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) vor. Die ECOWAS-Mitgliedsstaaten verständigen sich mit dem Abkommen darauf, die Herstellung, die (unkontrollierte) Verbreitung und den Besitz von Klein- und Leichtwaffen zu kontrollieren, zu reglementieren und ggf. zu verbieten. Ferner sollen so die Kooperation und der Austausch sowie die Transparenz erhöht werden.

Im Mai 2022 wurde in der Region Tillabéri ein Übergangszentrum für ehemalige Kämpfer:innen eingerichtet, dass die Personen bei ihrer Reintegration unterstützen soll. Regionale DDR-Programme (Disarmament, Demobilisation and Reintegration) laufen bereits seit mehreren Jahren. Zur besseren Reintegration von ehemaligen Milizen passte Niger auch 2021 mit dem PNPCR-Programm auch die nationale Gesetzeslage an und zeigt damit einen alternativen Ansatz zur militärischen Lösung.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Auch nach dem Ende der MINUSMA-Mission, an der sich 57 Länder (darunter diverse NATO- und EU-Länder) beteiligten, befanden sich teils noch unterschiedliche alliierte Truppen in der Sahel-Region. Auch wenn das Gros der MINUSMA-Kräfte (rund 12.000 Soldat:innen sowie zusätzliche weitere 2.250 Polizist:innen und (Militär-)Beobachter:innen)) bis Ende 2023 aus Mali abgezogen wurden, unterhielt die Bundeswehr noch bis August 2024 in Niamey (Niger) und Dakar (Senegal) Logistikstützpunkte, um Material aus Mali, das im Zuge der

Rückverlegung an diesen beiden Orten zwischengelagert wurde, nach Deutschland zurückzutransportieren. Zusätzlich befanden sich noch bis zu 60 deutsche Soldat:innen im Zuge der von der Europäischen Union geführten militärischen Partnerschaftsmission zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus der nigrischen Streitkräfte (EUMPM Niger) im Land. Der Einsatz wurde ebenfalls nicht über den Juni 2024 hinaus verlängert.

Im Rahmen der zivilen Mission European Union Capacity Building Mission in Niger (EUCAP Sahel Niger) waren zusätzlich mehr als 120 internationale Expert:innen, darunter Sicherheitskräfte aus den 14 teilnehmenden EU-Mitgliedsstaaten (u. a. aus Deutschland), in Niamey und Agadez präsent. Ziel war es, die nigrische Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität im Land zu beraten und auszubilden. Darüber hinaus sollten diese Akteure darin geschult werden, irregulärer Migration zu begegnen. Diese Mission wurde zum Ende September 2024 beendet.

In Niger selbst befinden sich (Stand: Januar 2026) zudem vermutlich rund 250 italienische Soldat:innen im Rahmen der Bilateral Support Mission in the Republic of Niger (MISIN; weitere Soldat:innen sind in Benin und Mauretanien). MISIN zielt darauf ab, Niger in seinem Kampf gegen Terrorismus und illegalen Schmuggel (unter anderem von Menschen) zu unterstützen. Dies soll durch Ausbildung und Training der nigrischen Sicherheitskräfte durch die stationierte italienische Truppe geschehen. Damit versucht die Mission auch, die westafrikanische Migration gen Nordafrika und Europa einzudämmen.

Die US-amerikanischen Streitkräfte in Niger umfassten zuletzt rund 1.100 Soldat:innen. Auch diese sollten den Staat in seiner Antwort auf islamistischen Extremismus und Terrorismus unterstützen. Das amerikanische Kontingent umfasste eine Joint Special Operations Task Force und einen neuen Luftwaffenstützpunkt – auch diese Mission wurde zum September 2024 vollständig beendet.

Frankreich hatte bis zum Juni 2021 im Zuge seiner Operation Barkhane (sowie später, wie andere europäische Staaten, im Rahmen der Task Force Takuba) 1.000 Soldat:innen sowie militärisches Gerät in Niger stationiert. Die gesamte Truppe von circa 5.100 Soldat:innen verteilte sich insgesamt über Tschad, Burkina Faso, Niger und Mali. Deutschland stellte für die Mission 2 C-160 Transportflugzeuge zur Verfügung. Die Mission hatte ebenfalls das Ziel, den militanten, islamistischen Extremismus in der Region zu bekämpfen. Dabei stellte die nigrische Hauptstadt Niamey das logistische Zentrum der Operation für die östliche Sahel-Zone dar. Im Zuge der Operation wurden die Sicherheitskräfte der beteiligten afrikanischen Staaten aufgerüstet und ausgebildet. Die letzten französischen Soldat:innen verließen Niger am 22.12.2023, nachdem die neue Militärregierung ihren Abzug gefordert hatte. Mit dem Abzug endete eine Dekade französische Militärpräsenz in der Region (französische Truppen waren bereits zuvor aus Mali und Burkina Faso auf Drängen der dortigen Militärregime abgezogen worden).

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 12**

***Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen***

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Niger ist den wichtigsten internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Die Bedrohung durch terroristische Gewalt hat in Niger in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Seit 2013 verüben bewaffnete Gruppen wie Boko Haram und MUJAO landesweit Anschläge, insbesondere in der Region Diffa. Allein 2016 kam es dort zu über 50 Angriffen durch Boko-Haram-Anhänger:innen. Im Jahr 2017 wurden in den Regionen Diffa, Mainé-Soroa, Tillabéri und Bosso mindestens 70 Anschläge registriert, bei denen 30 Menschen getötet und mehr als 60 Personen entführt wurden. Ein besonders schwerer Angriff ereignete sich am 10. Dezember 2019, als ein Militärstützpunkt bei Inates angegriffen wurde und 71 Soldat:innen ums Leben kamen. Am 21. Juli verübten Jihadisten in der Provinz Tahoua, bei dem 237 Menschen getötet wurden. Laut Global Terrorism Index gilt dieser Anschlag als tödlichster Terroranschlag der Welt im Jahr 2024. Es bekannte sich jedoch keine terroristische Gruppe zu dem Anschlag.

Die nigrische Regierung reagierte mit einem harten sicherheitspolitischen Vorgehen. 2016 waren über 1.400 mutmaßliche Boko-Haram-Anhänger:innen inhaftiert, 2017 wurden mehr als 700 Personen angeklagt, darunter auch nigerianische Geflüchtete. Menschenrechtsorganisationen kritisieren außergerichtliche Tötungen sowie langjährige Haft ohne Prozess in überfüllten Gefängnissen, von der teilweise auch Minderjährige betroffen sind.

Im Jahr 2025 belegte Niger im globalen Terrorismusindex den 5. Platz weltweit und verzeichnete den global stärksten Anstieg von Terrorismus. Der Index zählte 101 Vorfälle, 930 Tote und 158 Verletzte im Jahr 2024. Terroranschläge gab es in allen acht Regionen Nigers,

wobei Tillabéri 63 Prozent der Terroranschläge des Landes und 67 Prozent der Todesopfer verzeichnete. Dies hat sich auf benachbarte Regionen wie Tahoua ausgeweitet, wo sich die Zahl der Todesopfer seit 2023 mehr als verfünffacht hat. Zu den aktiven bekannten Gruppen gehören JNIM, die sich zu 13 Angriffen mit insgesamt 109 Toten bekannte, und der IS. Da sich zu zwei Dritteln der Angriffe keine Gruppe bekannte, bleibt das gesamte Ausmaß der terroristischen Aktivität unklar.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 13**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Als einer der primären westafrikanischen Schauplätze für den Schmuggel von Waffen und Munition hat Niger in letzter Zeit seine Bemühungen intensiviert, die Sammlung von Daten zu beschlagnahmten Waffen zu verbessern, um der Bedrohung durch bewaffnete Gewalt und illegalen Waffenhandel zu begegnen. Die anhaltenden Sicherheitsrisiken in der Region (z. B. der grenzüberschreitende Terrorismus) und die Schwierigkeit des nigrischen Staates, bestimmte Regionen zu kontrollieren, ließen transnationale Netzwerke wachsen und die organisierte Kriminalität erstarken. Durch den Mangel an staatlicher Kontrolle, zum Beispiel im Norden des Landes, sind dort Netzwerke entstanden, die Geld mit dem Schmuggel von Zigaretten und Drogen aber auch Waffen und Menschen verdienen. Forscher:innen des Small Arms Survey weisen darauf hin, dass diese oft Verbindungen zu Geschäftsleuten und Politiker:innen in der Hauptstadt pflegen und so in der Regel ungestraft operieren können.

Besonders der Menschenhandel und der Schmuggel von Migrant:innen stellen Niger vor große Herausforderungen: Zwar wurde im Jahr 2015 ein Gesetz gegen Menschenhandel von der nigrischen Regierung verabschiedet, doch laut Amnesty International seien seitdem kaum konkrete Maßnahmen gefolgt, um ihn zu unterbinden. Einen Hotspot für organisierte Schmuggelnetzwerke stellt die Stadt Agadez im Norden Nigers dar. Von dort starten viele Migrant:innen ihren Weg in Richtung Maghreb und Europa. Für mehrere hundert US-Dollar bieten Schmuggler:innen an, Personen mittels Bus oder PKW gen Norden durch die Wüste zu transportieren. Es mehrten sich Fälle, in denen Schmuggler Menschen in der Wüste

aussetzten und sterben ließen. Ein Untersuchungsbericht der Internationalen Organisation für Migration von 2020 deutet jedoch auf einen deutlichen Rückgang der Migration zwischen 2016 und 2019 sowie eine Verlagerung von einer Weiterreise nach Algerien, statt Libyen hin. Das entsprechende Anti-Menschenschmuggelgesetz wurde unter der Militärregierung im November 2023 aufgehoben.

Neben der Terrorismusbekämpfung widmete sich die G5 Sahel Joint Force auch der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Niger ist etwa auch Transitland für Drogen wie Kokain, die aus Lateinamerika stammen und über die westafrikanische Region bis nach Europa geschmuggelt werden. Mittels einer Erhöhung der Militärpräsenz soll kriminellen Netzwerken, die sich im illegalen Handel und Schmuggel von Menschen und Drogen betätigen, der Kampf erklärt werden. Doch Wissenschaftler:innen des Friedensforschungsinstituts SIPRI heben hervor, dass die damit gewählte, hauptsächlich militärische Strategie lokale Kontexte und sozioökonomische Faktoren vernachlässige. Gemeinschaften vor Ort lebten oft von dem grenzüberschreitenden Handel. Daher müssten in der Langzeitperspektive alternative Einkommensquellen und Lebensbedingungen geschaffen werden, damit es nicht zu einer Konkurrenz der Gemeinschaften um die Kontrolle der illegalen Handelsrouten komme. Solange die Lebensgrundlage der Menschen weiterhin von dem Handel und Schmuggel mit Menschen und Drogen abhängt, blieben militärische Ansätze im Endeffekt in ihrer Wirkung eingeschränkt. Nötig sei eine Kopplung der militärischen Komponente, wie der G5 Sahel, mit einem Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und einer Unterstützung von Initiativen für *Good Governance*.

**Tabelle 14**

***Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen***

<b>Abkommen</b>	<b>Status</b>	<b>Quelle</b>
Völkermord-Konvention, 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**UN-Berichterstattung**

Niger erstattete das letzte Mal im Jahr 2005 dem Waffenregister der Vereinten Nationen gegenüber Bericht. Seither stehen dem Waffenregister nur sporadisch Informationen zu Exporten und Importen mittels der Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Auch an das UN-Register zu Militärausgaben werden seitens Niger keine Informationen übermittelt. Im Zuge des Arms Trade Treaty, dem Niger 2015 beigetreten ist, hat das Land im Jahr 2016 seinen Initialreport, seither aber lediglich im Jahr 2021 einen Jahresbericht eingereicht, welcher

öffentlich nicht einsehbar ist. Im Rahmen des „Programme of Action on small arms and light weapons“ (PoA) reichte Niger zuerst im Jahr 2003 und zuletzt im Jahr 2022 Berichte ein.

## Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage zur unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern aus Niger ist begrenzt, zugleich ist der illegale Waffenhandel im Land weit verbreitet, insbesondere in Knotenpunkten wie Agadez. Grenzüberschreitender Schmuggel mit Libyen, Mali und Nigeria, die Weiterverbreitung aus staatlichen Beständen sowie verbliebene Waffen aus früheren Rebellionen haben zu einer erhöhten Proliferation von Klein- und Leichtwaffen in der Region beigetragen.

Daten der nigrischen Gendarmerie und des Militärs, ausgewertet vom Small Arms Survey, zeigen das Ausmaß des Problems: Zwischen 2014 und 2016 konfiszierte die Gendarmerie in Niamey, Agadez und Zinder 462 Waffen sowie über 20.000 Schuss Munition. Das Militär beschlagnahmte zwischen 2015 und 2016 in Agadez, Diffa und Dirkou weitere 187 Waffen, überwiegend Sturmgewehre. Aufgrund uneinheitlicher Erfassung und Berichterstattung lassen sich jedoch keine verlässlichen Gesamtzahlen ermitteln.

Niger fungiert im westafrikanischen Raum vor allem als Transitland für illegal gehandelte Waffen. Conflict Armament Research führt die hohe Waffenverfügbarkeit in der Sahelregion maßgeblich auf Diversionen aus libyschen Beständen aus der Gaddafi-Ära zurück, ergänzt durch Waffen aus früherer westlicher Militärhilfe. Diese gelangen über Niger unter anderem nach Mali oder in die Hände bewaffneter Gruppen wie AQIM und MUJAO, aber auch von Privatpersonen, die sich vor Überfällen schützen wollen. Beschlagnahmte Waffen stammen aus unterschiedlichen Produktionsländern, darunter Bulgarien, China, Polen, Rumänien sowie aus deutscher Lizenzproduktion (G3).

Neben dem Schmuggel über Grenzen hinweg kommt es auch zu Abzweigungen aus nationalen Beständen. Mehrere dokumentierte Fälle belegen den illegalen Weiterverkauf von Waffen und Munition durch Angehörige der nigrischen Sicherheitskräfte, teils an Boko Haram. Zudem haben bewaffnete Gruppen wiederholt nigrische Sicherheitsanlagen angegriffen und dabei Waffen, Munition und Fahrzeuge erbeutet, etwa bei Angriffen 2016 in Bosso und Tassara.

Diese Entwicklungen werden durch gravierende Defizite im staatlichen Waffen- und Munitionsmanagement begünstigt. Waffen sind oft unzureichend registriert, insbesondere Verluste und Diebstähle werden nicht systematisch erfasst. Laut Small Arms Survey fehlen ein zentrales Register und klare Trennung zwischen beschlagnahmten und regulären Beständen; Waffen, Munition und teils auch Landminen werden gemeinsam gelagert.

Zwar existieren mittlerweile Initiativen zur Verbesserung der physischen Sicherung und Verwaltung von Waffen- und Munitionslagern (PSSM), unterstützt durch internationale Partner und das bicc, sowie ein neu eingerichtetes interministerielles Komitee. Dennoch entspricht Niger derzeit noch nicht internationalen Standards im Bereich Lagerung, Registrierung und Nachverfolgung von Rüstungsgütern.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 8

#### *Auszug aus dem Transformationsatlas der Bertelsmann Stiftung 2024*

*Niger persists in grappling with a complex economic landscape marked by a burgeoning debt crisis, an inefficient and corrupt state bureaucracy, stark divisions between the affluent minority and the impoverished majority, a political class unable to address economic hurdles, and Western donors prioritizing security and stability over economic advancement and democratic liberties.*

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/NER>

### Tabelle 15

#### *Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)*

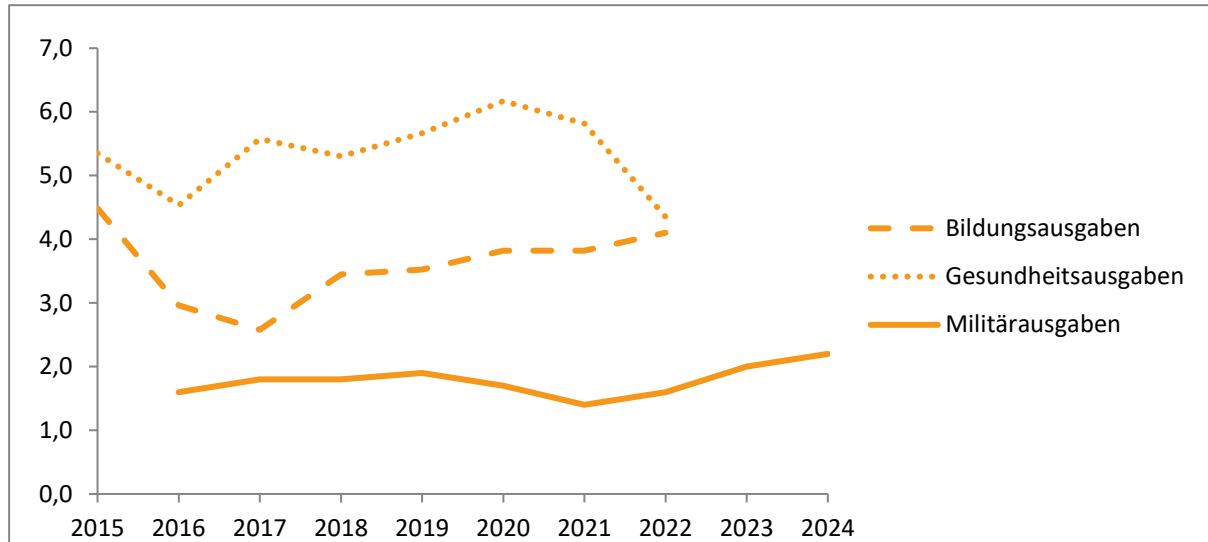
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	254	200	259	332	404
Militärausgaben/BIP	1,7	1,4	1,6	2,0	2,2
Gesundheitsausgaben/BIP	6,2	5,8	4,4	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,8	3,8	4,1	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben), World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	3584	4549	4967	5429	5613
Anteil am BIP (in Prozent)	27,8	33,1	33,3	35,2	33,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	591,73	733,19	804,74	792,48	-
Net ODA (% of GNI)*	4,08	5,31	5,39	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	106,02	143,06	144,51	174,99	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

**Tabelle 17****Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	78,9	74,2	101,5	114,0	118,8
Index-Platzierung	104	108	68	57	53

**Tabelle 18****Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2020	2021	2022	2023	2024
Algerien	Militarisierungswert	190,7	183,5	178,1	208,2	212,7
	Index-Platzierung	12	14	15	8	6
Benin	Militarisierungswert	54,7	48,4	56,2	59,9	59,7
	Index-Platzierung	137	140	130	127	128
Burkina Faso	Militarisierungswert	79,7	85,3	93,6	107,1	132,0
	Index-Platzierung	103	91	80	63	41
Libyen	Militarisierungswert	-	-	136,2	104,1	104,0
	Index-Platzierung	-	-	32	68	67
Mali	Militarisierungswert	123,0	132,0	121,4	129,8	134,8
	Index-Platzierung	52	42	48	37	36
Nigeria	Militarisierungswert	50,3	61,5	50,4	56,6	47,9
	Index-Platzierung	138	125	136	133	137
Tschad	Militarisierungswert	123,3	124,7	122,5	119,5	133,2
	Index-Platzierung	49	47	46	50	38

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 19

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Algerien	Militärausgaben (absolut)	11577	10794	10441	18264	20423
	Militärausgaben/BIP	5,9	4,9	4,1	7,4	8,0
Benin	Militärausgaben (absolut)	72	93	116	149	151
	Militärausgaben/BIP	0,5	0,6	0,6	0,8	0,7
Burkina Faso	Militärausgaben (absolut)	433	483	583	827	1002
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,3	3,0	4,1	4,7
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	1255	1574	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	4,3	5,3	-
Mali	Militärausgaben (absolut)	655	668	611	785	906
	Militärausgaben/BIP	3,4	3,4	3,1	3,8	4,2
Nigeria	Militärausgaben (absolut)	2652	4147	2575	3101	1989
	Militärausgaben/BIP	0,6	1,0	0,7	0,8	0,6
Tschad	Militärausgaben (absolut)	356	355	378	373	531
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,1	2,0	2,1	3,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20

**Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,400	0,404	0,413	0,414	0,419
HDI-Wert (Männer)	0,430	0,438	0,445	0,438	0,451
HDI-Wert (Frauen)	0,368	0,368	0,378	0,390	0,385
GDI-Wert	0,856	0,841	0,848	0,891	0,855

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

*Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.*

## Frauen in Politik und Wirtschaft

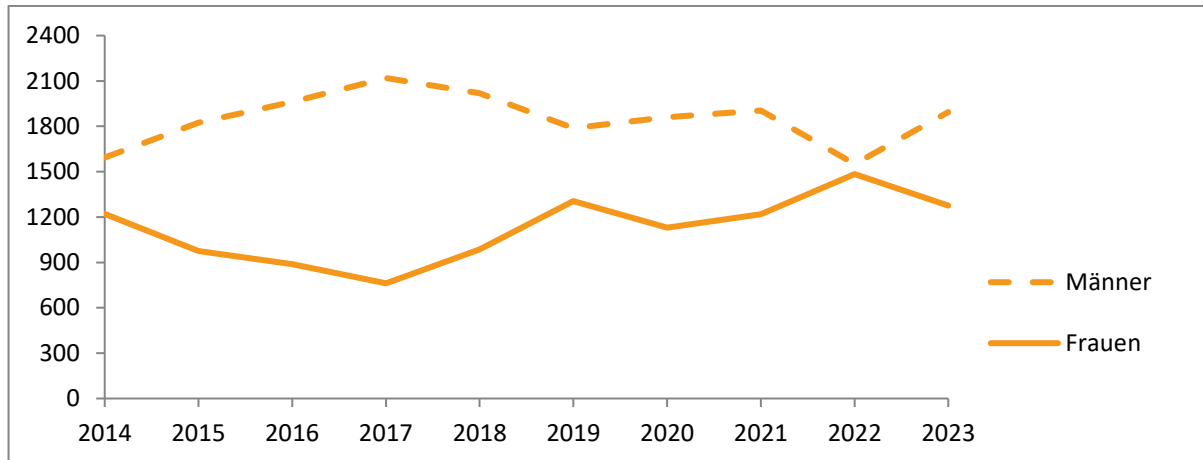
Niger erreicht mit einem Gender Development Index (GDI) von 0,855 ein niedriges Niveau an Geschlechtergerechtigkeit im Hinblick auf wichtige Entwicklungsindikatoren. Das Land weist deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern im HDI auf (Frauen: 0,385; Männer: 0,451). Der GDI setzt diese Werte (auf Grundlage von Lebenserwartung, Bildungsniveau und Einkommen) ins Verhältnis zueinander; ein Wert von 1 steht für vollständige Gleichstellung. Der Index zeigt insbesondere im Bildungsbereich nahezu identische Ausgangsbedingungen. Frauen absolvieren durchschnittlich ein Schuljahr und damit 0,8 Jahre weniger als Männer (1,8 Jahre). Bei den erwarteten Schuljahren (also für heute geborene) beträgt die Differenz 1,6 Jahre, ebenfalls zugunsten der Männer (Frauen: 7,5, Männer: 9,1 Jahre). Entsprechend unterscheidet sich auch die Alphabetisierungsrate deutlich (48 gegenüber 26 %).

Bei der Erwerbsquote fallen die Unterschiede geringer aus: 2025 beteiligen sich 73 % der Frauen am Arbeitsmarkt (globaler Durchschnitt: 49 %) und damit weniger als Männer mit 87 %. Diese Differenz spiegelt sich im Pro-Kopf-Einkommen wider. Frauen erzielen ein kaufkraftbereinigtes Bruttonationaleinkommen von 1.276 US-Dollar, Männer erreichen 1.895 US-Dollar und damit 619 US-Dollar mehr. Diese Daten sind jedoch mit großer Vorsicht zu genießen, da 98,5 % der Menschen im informellen Sektor arbeiten (auch Frauen rund zwei Prozentpunkte mehr als Männer). Niger weist folglich vor allem wirtschaftliche geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf. Frauen haben allerdings mit 62,1 Jahren eine etwas höhere Lebenserwartung (Männer: 60,3).

In politischen Führungspositionen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert: Sie stellen lediglich 23,8 % der Kabinettsmitglieder (5 von 21). In der Privatwirtschaft besetzten Frauen 2017 nur 10,6 % der Top-Management-Positionen und nur 8,9 % der Firmen haben eine weibliche Mehrheitseigentümerschaft.

Das Weltbankprogramm „Women, Business and the Law (WBL) 2.0“ bewertet neben gesetzlichen Rahmenbedingungen auch deren praktische Umsetzung sowie staatliche Unterstützungsstrukturen zur Gleichstellungsförderung. Niger erreicht im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen nur 38 von 100 Punkten und liegt damit deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 67. Die rechtlichen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen erreichen damit ein niedriges Niveau. Auch unterstützende Maßnahmen (19 Punkte) sowie die Umsetzung und Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rechte (31 Punkte) liegen auf niedrigem bis sehr niedrigem Niveau. Niger weist demnach erhebliche Defizite in der Förderung der wirtschaftlichen Partizipation von Frauen auf.

Schaubild 6

**Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)**

Quellen: Gender Development Index; <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/NER>

**Zusammenfassung zu Kriterium 8:**

Niger gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 680 US-Dollar im Jahr 2024 zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Es gehört zudem zu den „Heavily Indebted Poor Countries“ und wird von den UN als ein „Least Developed Country“ geführt. Auf dem Human Development Index belegt es mit einem Wert von 0,419 einen der letzten Plätze und wird von UNDP daher der Kategorie von Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ zugeordnet. Angesichts der weiterhin äußerst defizitären Situation im Gesundheits- und Bildungssektor sind steigende Militärausgaben (seit 2021) grundsätzlich problematisch – zumindest, wenn militärische Versuche die Sicherheitssituation zu verbessern nicht adäquat mit sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben lagen 2022 bei 4,4 bzw. 4,1 % am BIP; die Militärausgaben lagen im selben Jahr bei 1,6 %, 2024 aber bereits bei 2,2 %. Im GMI liegt Niger damit auf Platz 53 weltweit und gilt bereits als „stark militarisiert“.

**Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem der weltweit niedrigsten Pro-Kopf National Einkommen von 680 US-Dollar (2024) gehört Niger laut Weltbank zur Gruppe der „low income economies“ (Länder mit niedrigem Einkommen). Es gehört zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2021 33,4 Prozent. Aktuell (Stand: 05.01.2026) schuldet Niger dem Internationalen Währungsfonds fast 414,8 Mio. US-Dollar.

Nigers BIP wies in den letzten zehn Jahren solide Wachstumsraten auf. Selbst 2020, als in etlichen Ländern das BIP-Wachstum Negativwerte verzeichnete, wuchs das BIP noch um 3,6 Prozent. 2022 erreichte es einen Höhepunkt mit einem Wachstum von 11,9 Prozent. Eine der wesentlichen Einnahmequellen Nigers ist die Agrarwirtschaft, in der 2023 71 Prozent der nigrischen Beschäftigten arbeiteten. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei machten 2024 34,5% des BIPs aus. Angesichts des Klimawandels deuten solch hohe Werte auf eine

große wirtschaftliche Vulnerabilität hin. Daneben verfügt Niger aber auch über beachtliche Rohstoffe und Bodenschätze; so zum Beispiel Erdöl, das vornehmlich im Süden und Osten des Landes gefördert wird. Insgesamt machten Renten aus allen natürlichen Ressourcen im Jahr 2021 rund 6,4 % des BIP aus. Die schwierige Sicherheitssituation im Land, insbesondere in den Grenzregionen, schlägt sich jedoch auf das Exportgeschäft nieder: So musste der Bau einer Pipeline über Kamerun nach Tschad aufgrund des bewaffneten Konflikts mit Boko Haram im Süden des Landes verschoben werden. Gleichzeitig befindet sich Niger mitten im „Goldgürtel“, der sich durch ganz Westafrika zieht. Im April 2014 wurden im Norden des Nigers weitere Vorkommen an Gold gefunden, die einen „Goldrausch“ auslösten, der dem Small Arms Survey zufolge jedoch auch zu mehr Überfällen und einer gesteigerten Proliferation von Waffen in den entsprechenden Regionen führte. 2013 lag der Anteil der Renten aus natürlichen Ressourcen bspw. noch bei 11,5 Prozent. Darüber hinaus ist Niger einer der weltweit wichtigsten Produzenten von Uran, was eins von Nigers Hauptexportprodukten ist. Zahlreiche internationale Unternehmen beteiligen sich am Abbau dieser Rohstoffe: Hinsichtlich des Uranabbaus ist beispielsweise der französische Konzern ORANO zu nennen; in der Raffinerie von Erdöl sind vor allem chinesische Unternehmen tätig. Aufgrund des politischen Bruchs mit Frankreich wurde 2024, Medienberichten zufolge, kein Uran mehr exportiert.

### Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,419 auf dem Human Development Index (HDI) belegte Niger im Jahr 2023 Rang 188 von 193 Staaten und wird damit der Kategorie der Länder mit „niedriger menschlicher Entwicklung“ zugeordnet. Niger ist damit ähnlich positioniert wie das Nachbarland Mali (HDI-Wert: 0,394). Die nördlichen Nachbarstaaten Algerien (Rang 96), Nigeria (Rang 164) und Libyen (Rang 115) weisen dem HDI zufolge eine „hohe menschliche Entwicklung“ auf, während Benin (Rang 173), Burkina Faso (Rang 186) und Tschad (Rang 190) ebenfalls der Kategorie „niedrige menschliche Entwicklung“ angehören. Zum Vergleich rangierte Deutschland 2023 auf Platz 5 des HDI.

Die Arbeitslosenquote lag 2024 nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei lediglich 0,4 Prozent; die Jugendarbeitslosigkeit betrug sogar nur 0,3 Prozent. Diese Zahlen spiegeln jedoch nicht die tatsächliche sozioökonomische Lage wider. Dies ist unter anderem auf den hohen Anteil der informellen Arbeit (98,5 %) zurückzuführen. Im Jahr 2021 lebten rund 80 Prozent der nigrischen Bevölkerung von weniger als 4,20 US-Dollar pro Tag, während 60,5 Prozent sogar in extremer Armut (unter 3,00 US-Dollar täglich) lebten. Die weitverbreitete Armut stellt Niger vor erhebliche Herausforderungen, die durch ein stark

angesichts der weiterhin äußerst defizitären Situation im Gesundheits- und Bildungssektor sind steigende Militärausgaben (seit 2021) grundsätzlich problematisch – zumindest, wenn militärische Versuche die Sicherheitssituation zu verbessern nicht adäquat mit sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben lagen 2022 bei 4,4 bzw. 4,1 % am BIP; die Militärausgaben lagen im selben Jahr bei 1,6 %, 2024 aber bereits bei 2,2 %. Im GMI liegt Niger damit auf Platz 53 weltweit und gilt bereits als „stark militarisiert“.

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH  
Pfarrer-Byns-Straße 1  
53121 Bonn, Germany

[www.bicc.de](http://www.bicc.de)

## KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer  
[elvan.isikozlu@bicc.de](mailto:elvan.isikozlu@bicc.de)  
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

